

EU-Israel Assoziierungsabkommen wegen anhaltender massiver Menschenrechtsverletzungen aussetzen

Annette Groth, 27.4. 2023

Nicht nur in der Ukraine dreht sich die Gewaltspirale immer schneller, sondern auch in PALÄSTINA. Die Nachrichten über die israelische geplante Justizreform und die großen Demonstrationen dagegen waren auch in den deutschen Mainstreammedien präsent, aber die Tötungen, Zerstörungen und Vertreibungen der PalästinenserInnen aus ihren Häusern und von ihrem Land bleiben weithin nahezu unbeachtet.

Seit Anfang des Jahres kamen mehr als 100 PalästinenserInnen, darunter viele Kinder, ums Leben, etliche davon wurden gezielt getötet.

Mit der 2022 neu gewählten rechtsextremen Regierung unter Netanjahu und Ministern, die wegen Aufstachelung zur Gewalt und Rechtsextremismus verurteilt wurden, hat sich die Lage wesentlich verschlechtert.

In den letzten Wochen und Monaten haben gewalttätige Siedler etliche palästinensische Dörfer verwüstet, Häuser zerstört, Autos in Brand gesteckt und Menschen grausam verprügelt, etliche PalästinenserInnen wurden teilweise gezielt getötet, es gab Hunderte Verletzte und viele Schwerverletzte. Die prügelnden Polizisten, die Tränengastkanister in die AL Aqsa Moschee warfen, umher schossen und die Betenden aus einem der heiligsten Gotteshäuser der Muslime gewaltsam vertrieben, werden immer in Erinnerung bleiben.

Finanzminister Smotrich plädierte für die „Auslöschung“ des Dorfes Huwara, was ein Sprecher des US-Außenministeriums als „unverantwortlich und abstoßend“ kritisierte und die Äußerungen mit folgenden Worten verurteilte: "... und so wie die Vereinigten Staaten die palästinensische Aufwiegelung verurteilen, verurteilen wir diese provokativen Äußerungen, die einer Aufwiegelung zur Gewalt gleichkommen." Das ist sicher ein Grund, warum Netanjahu bis heute nicht in Washington willkommen ist, aber dafür in Berlin herzlich begrüßt wurde.

Ampelkoalition muss Rüstungsexporte nach Israel stoppen

Angesichts dieser antidemokratischen und völkerrechtswidrigen Gesetze und der zunehmenden Brutalität vonseiten der Siedler, der Polizei und der Armee sowie der zunehmenden Vertreibung der PalästinenserInnen erwarten progressive jüdische Israelis und Palästinenser eindeutige kritische Reaktionen von der EU, den europäischen Regierungen und von den USA. Bloße verbale Kritik an der israelischen Regierung hat schon lange keinen Effekt und wird auch kaum ernst genommen. Besorgnis regt sich bei Premierminister Netanjahu und seiner Regierung eher bei dem Ausbleiben einer Einladung in die USA, dem wichtigsten Verbündeten Israels. Ohne die weitreichende Unterstützung Washingtons wird Netanjahu als Premier kaum überleben.

Nimmt die EU, insbesondere die deutsche Außenministerin Baerbock, ihre Aussagen von „werte- und menschenrechts-basierter Außenpolitik“ ernst, müsste sie spätestens jetzt entsprechende Maßnahmen ergreifen. Baerbock könnte beispielsweise ihren Kollegen Habeck zu einem Waffenexportverbot nach Israel drängen und an das Grundgesetz erinnern. Dieses untersagt Waffenexporte in Krisengebiete. Die Forderung „Keine Waffen in Krisengebiete“ war ein Wahlmotto von Bündnis 90/Die Grünen, was still und heimlich entsorgt wurde.

Die Ampelkoalition wie auch andere europäischen Regierungen müssten die EU zur Suspendierung des EU-Israel-Assoziierungsabkommens drängen, das in Artikel 2 alle Vertragspartner zur Wahrung der Menschenrechte und zur „good governance“ (!) verpflichtet.

Die Suspendierung dieses Abkommens ist lange fällig, aber angesichts der rechtsextremen Regierung mit einem Finanzminister, Bezalel Smotrich, der sich selbst öffentlich als Faschist bezeichnet und der neulich auf einer Versammlung in Frankreich mit der Äußerung für Aufsehen erregte, Palästinenser würden nicht existieren, „weil es so etwas wie das palästinensische Volk nicht gibt“, ist eine Aussetzung überfällig. Smotrich stand während seines Vortrags an einem Rednerpult mit einer Karte von „Großisrael“, das neben dem gesamten historischen Mandatspalästina Teile von Jordanien und Syrien umfasst, und sofort großen Protest in Jordanien auslöste.

Der ultrarechte „Sicherheitsminister“ Ben Gvir, wegen Rechtsterrorismus verurteilt, darf eine Nationalgarde befehlen – eine Art Bereitschaftspolizei –, die nur ihm unterstellt ist. Die Nationalgarde soll aus 2 000 Polizisten bestehen und mit einem Budget von rund einer Milliarde Schekel (260 Millionen Euro) ausgestattet werden und wird selbst von vielen Armeeangehörigen stark kritisiert.

Vermutlich wird Ben Gvir die Truppe aus Mitgliedern von Organisationen wie HaShomer HaChadash zusammensetzen, eine zionistische Gruppe, die als eine Art Miliz agiert. „Wir reden hier von Polizisten, die einer faschistischen Ideologie anhängen und die wie eine Armee ausgerüstet sein werden“, kommentiert Sally Abed, Leiterin von Standing Together, einer palästinensisch-jüdischen Friedensinitiative Ben Gvirs neue Truppe. (*Jessica Buxbaum, „Ben-Gvir’s militia: A private army in the hands of an extremist“, The New Arab, 4. April 2023*).

Beide Minister, Ben Gvir und Smotrich, sind für einen „arabischen Bevölkerungstransfer“, das ist der harmlos klingende Begriff für ethnische Säuberung und Zwangsausbürgerung. Letzteres wurde als Möglichkeit bei so genannten „terroristischen Straftaten“ kürzlich in israelisches Recht gegossen – allerdings nur, wenn es sich um PalästinenserInnen handelt.

Schon allein diese Fakten sollten eigentlich zur sofortigen Aussetzung des EU-Israel Assoziierungsabkommens führen, aber ohne politischen Druck wird das sicher nicht realisiert.

European call to suspend the EU-Israel Association Agreement

Weithin in Vergessenheit geraten ist der im November 2014 initiierte europäische Aufruf nach einer Suspendierung des EU-Israel Assoziierungsabkommens, den 139 Organisationen aus etlichen EU-Ländern, u.a. Pax Christi und ICAD, unterschrieben haben.

Anlass war der Krieg gegen Gaza im August 2014, in dem über 2 200 PalästinenserInnen starben, 11 000 verletzt, Hunderte davon schwer, und 100 000 obdachlos wurden.

Einige Jahre war die Forderung nach einem Aussetzen des Abkommens in der Öffentlichkeit, nicht nur in der deutschen, präsent. Immer wieder wurde auf Artikel 2 verwiesen, der die Verpflichtung für beide Vertragspartner beinhaltet, die Menschenrechte zu respektieren. Als Bundestagsabgeordnete und als Mitglied im Migrationsausschuss des Europarats habe ich wiederholt auf dieses Abkommen hingewiesen und die Forderung nach Aussetzung erhoben und dies als Aufhänger für politische Aufklärung über Palästina/Israel benutzt.

Neuer Aufruf 2017

Um an das dreifache „Jubiläumsjahr“ 2017 (100 Jahre Balfour Deklaration, 70 Jahre Teilungsresolution 181 der UNO, 50 Jahre Besetzung Palästinas) zu erinnern, haben 300 Gewerkschaften, NGOs, politische Parteien und Organisationen einen erneuten Aufruf zum Aussetzen des Abkommens initiiert. (<http://freepalestine.eu/>)

Justice for Palestine now – end EUROPEAN complicity! Gerechtigkeit für Palästina jetzt – stopp die europäische Komplizenschaft

In der englischen Version wird an die Balfour Deklaration von **1917** gedacht, in der die britische Regierung den Zionisten „eine jüdische Heimstatt in Palästina“ versprach;

- Wird an die Teilungsresolution 181 der UNO 1947 und an die daraufhin erfolgte Gründung des israelischen Staates im Mai 1948 erinnert, sowie der anschließenden Flucht und Vertreibung von über 750 000 Menschen und der Zerstörung von mehr als 530 palästinensischen Dörfern, bekannt als DIE Katastrophe, arabisch NAKBA;
- 2017 markiert den 50. Jahrestag der Besetzung des Westjordanlandes, Ost-Jerusalem, des Gaza-Streifens und der Golan-Höhen durch die israelische Armee am 5. Juni 1967

Auf der deutschen Webseite <http://freepalestine.eu/de/> ist der Aufruf mit „Keine Zusammenarbeit mit Besatzung!“ überschrieben und fordert explizit die Aussetzung des EU-Israel Assoziierungsabkommens:

„Keine Zusammenarbeit mit Besatzung!

Mehr als 300 Gewerkschaften, NGOs und andere zivilgesellschaftliche Organisationen aus ganz Europa haben die EU aufgefordert, ihre Unterstützung für Israels Verbrechen zu beenden, einschließlich der Aussetzung des EU-Israel Assoziierungsabkommens.

Das EU-Israel-Assoziierungsabkommen ist der Hauptrahmen für die sehr enge Beziehung zwischen der EU und Israel. Das Abkommen gewährt Israel bevorzugten Zugang zu den europäischen Märkten, bewilligt israelischen Ministerien und Rüstungsunternehmen EU-Mittel und bietet Israel die politische Unterstützung, die es zur Durchführung seiner Verbrechen braucht.

Durch den Fortbestand des Abkommens trotz Israels anhaltender Kriegsverbrechen sendet die EU an Israel die klare Botschaft, seine Massaker an den Palästinenser_innen zu tolerieren.

Angesichts der sich ständig verschärfenden Situation fordern wir

- ***Die Aussetzung des EU-Israel Assoziierungsabkommens, das in Artikel 2 alle Vertragspartner zur Einhaltung der Menschenrechte verpflichtet und***
- ***Die sofortige Beendigung jeglicher Rüstungskoooperation mit Israel und***
- ***Die Fortsetzung der Ermittlungen des internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag wegen schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen***

Der 75. Jahrestag der NAKBA böte einen adäquaten Anlass für einen erneuten Aufruf zur Aussetzung des EU-Israel Assoziierungsabkommen.

Angesichts der aktuellen politischen Situation in Israel könnte eine öffentlichkeitswirksame Kampagne nach Aussetzen des Assoziierungsabkommens meiner Einschätzung nach durchaus erfolgreich sein. Wenn europäische Gewerkschaften, Organisationen wie Amnesty International, Pax Christi und progressive Parteien diese Forderung immer wieder erheben, kann so politischer Druck auf die europäischen Regierungen und die EU erzeugt werden.

Übrigens ist aufgrund anhaltender Menschenrechtsverletzungen gegen die tamilische Bevölkerung das EU-Assoziierungsabkommen mit Sri Lanka suspendiert worden, inzwischen wurde es wieder eingesetzt.

Prozedere eines Assoziierungsabkommens

Es gibt regelmäßige Treffen des Assoziationsrates, der aus VertreterInnen beider Vertragspartner besteht.

Die letzte Tagung des Assoziationsrates EU-Israel fand am 3. Oktober 2022 in Brüssel statt – zehn Jahre nach der 11. Tagung. Ich kann mich erinnern, dass in den letzten 10 Jahren mindestens zweimal derartige Treffen des Assoziationsrates geplant waren, aber aufgrund von Protesten abgesagt wurden. Ob es noch andere Gründe dafür gab, ist mir nicht bekannt.

Die wichtigsten Ergebnisse des Treffens im Oktober sind hier festgehalten:
<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/international-ministerial-meetings/2022/10/03/>

Die Delegation der EU wurde vom Hohen Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, und die Delegation des Staates Israel von dessen Minister für Nachrichtendienste, Elazar Stern, geleitet.

Elazar Stern wies auf die Relevanz des „politischen Dialog auf hoher Ebene zwischen der Europäischen Union und Israel“ hin und benannte als „Mittelpunkt der Beratungen“ die Themen: „Handel, Klimawandel, Energie, Wissenschaft und Technologie, Kultur, die Achtung der Menschenrechte und der Grundsätze der Demokratie, Religionsfreiheit und der Kampf gegen Antisemitismus“.

Josep Borrell, Hoher Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik, ergänzte, dass „auch globale und regionale Fragen erörtert (wurden), die von gemeinsamem Interesse sind und ein gemeinsames Anliegen darstellen, darunter insbesondere der Nahost-Friedensprozess; hier möchte die EU auf der in der VN-Generalversammlung entstandenen Dynamik aufbauen“.

Auf ihrer Webseite <https://www.eu-info.de/europa/EU-Assoziierungsvertraege/> führt die EU aus, was eine Assoziierung ist und benennt als 2. Punkt nach der Handelsliberalisierung und einer engen Zusammenarbeit in Kultur, Wissenschaft und Bildung **die Menschenrechte: „Die Wahrung der Menschenrechte, der demokratischen Grundsätze und der Rechtsstaatlichkeit sind wesentliche Elemente des Abkommens. Die EU kann die Zusammenarbeit mit Ländern unterbrechen, wo diese Prinzipien anhaltend verletzt werden“.**

Und da die israelische Regierung seit Jahrzehnten die **Menschenrechte anhaltend** verletzt, müsste die EU konsequent sein und eine Unterbrechung/Aussetzen des Abkommens einleiten.

Ein weiterer Aspekt in allen Assoziierungsabkommen ist die Verpflichtung zu einer „**verantwortlichen Regierungsführung**“: Das Prinzip der verantwortlichen Regierungsführung (Good Governance) ist ein fundamentales Element im Vertrag. Ziel ist, Korruption zu vermeiden und zu verhindern, und zwar nicht nur bei der Verwendung von Mitteln des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF), sondern ebenso bei anderen öffentlichen Geldern“.

Als „verantwortungsvolle Regierungsführung“ können die verschiedenen Regierungen unter Netanjahu wirklich nicht bezeichnet werden, im Gegenteil. Der Gipfel einer **verantwortungslosen Regierung** wäre die Umsetzung der umstrittenen Justizreform. Und angesichts der Zerstörung durch die israelische Armee von zahlreichen von der EU finanzierten Infrastrukturprojekten wie Schulen und Krankenhäuser ist die Frage nach einer sinnvollen Verwendung von EU-Mitteln auch zu stellen.

Fazit: die Aussetzung des EU-Israel Assoziierungsabkommens ist überfällig und könnte ein wirksames Instrument sein, die israelische Regierung zur Einhaltung der Menschenrechte zu zwingen und die zunehmende Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung zu stoppen. Bislang ist es der fehlende politische Wille der EU und der Regierungen, die der Durchsetzung der Menschenrechte verhindert.

"Regierungen können Maßnahmen ergreifen, die Israel unter Druck setzen, internationalem Recht nachzukommen. BDS Berlin fordert konkret die sofortige Aussetzung des EU-Israel Assoziierungsabkommens und die Verhängung eines militärischen Embargos gegen Israel."

Keine Zusammenarbeit mit der Besatzung! Aussetzung des EU-Israel Assoziierungsabkommens hat die BDS Kampagne am 18.1. 2015 gefordert. Diese Forderung sollte BIP übernehmen!

Annette Groth, 27.4. 2023